14. Landschaftsversammlung 2014-2020



Niederschrift über die 6. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 25.02.2016 in Köln, Landeshaus - öffentlicher Teil -

Anwesend vom Gremium:

CDU

Natus-Can M.A., Astrid Pütz, Susanne Tondorf, Bernd Vorsitzende

SPD

Schnitzler, Stephan Schultes, Monika Strauß, Rajiv Weiden-Luffy, Nicole Susanne

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schmitt-Promny M.A., Karin (MdL)

FDP

Pabst, Petra

Die Linke.

Meurer, Dieter

Freie Wähler/Piraten

Lennartz, Rudi E. beratendes Mitglied

Wohlfahrtsverbände/Jugendverbände

Depew, Sabine Kavermann, Cornelia Koch, Susanne Künstler, Martin Lemken, Volker Otto, Jürgen Immer, Nikolaus

für Siemens-Weibring, Helga

beratende Mitglieder

Alich-Meyer, Roswitha Dr. Drubel, Stefan Gümüs, Attila Dr. Lange, Rudolf Reinhart, Werner Sütterlin-Müsse, Maren Weidinger, Claus A.

für Pabst, Barbara

Verwaltung:

LVR-Dezernent Jugend
Leiter Steuerungsdienst
Leiterin LVR-Fachbereich
Kinder und Familie
LVR-Fachbereich
Kinder und Familie
Leiter LVR-Fachbereich Jugend

LVR-Fachbereich Rechnungsprüfung LVR-Dezernat Soziales

LVR-Dezernat Soziales LVR-Dezernat Personal und Organisation Steuerungsdienst Herr Bahr Herr Bruchhaus

Frau Dr. Schneider

Frau Knebel-Ittenbach Herr Göbel

Herr Leicht (TOP 4)

Herr Dr. Schartmann (TOP 10)

Frau Mannott (TOP 12)

Frau Fischer-Gehlen (Protokoll)

<u>Tagesordnung</u>

		<u>Beratungsgrundlage</u>		
	Anerkennung der Tagesordnung			
2. Niederschrift über die 5. Sitzung vom 19.11.2015				
Nichtöffentliche Sitzung Niederschrift über die 5. Sitzung vom 19.11.2015				
4.	Prüfung der Finanzierung heilpädagogischer Kindertagesstätten durch den LVR-Fachbereich Rechnungsprüfung	14/1023 K		
5.	Beschlusskontrolle			
6.	Anfragen und Anträge			
7.	Verschiedenes			
Öffentlic 8.	<u>che Sitzung</u> Kinder mit Behinderung in der Elementarbildung			
8.1.	Rahmenvereinbarung für die fachliche und finanzielle Weiterentwicklung heilpädagogischer Einrichtungen und Gruppen im Rheinland	14/1000 K		
8.2.	Teilhabechancen für Kinder verbessern - Kooperation von Frühförderstellen und Tageseinrichtungen für Kinder stärken			
8.3.	Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege	14/1064 E		
8.4.	Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (iBiK)	14/1038 E		
8.5.	Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FInK)	14/1050 E		
9.	Bericht aus der Monitoringgruppe vom 03.12.2015 und 18.01.2016			
10.	"Kurzzeitwohnen" für Kinder, Jugendliche und Erwachsene	e 14/824/1 K		
11.	Besetzung von Schulleitungsstellen	14/1022 E		
12.	Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/ BFD) in LVR-Einrichtungen verbessern	14/1021 E		
13.	Stationäre Erziehungshilfe			

13.1.	Neues Positionspapier "Die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe und der Schutz ihrer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte"	14/1029 B
13.2.	Fachpapier "Junge Kinder in den Angeboten der stationären Erziehungshilfe"	14/1033 K
13.3.	Entwicklung einer landesweiten, nachhaltigen und begleitenden Struktur für die Beteiligung von jungen Menschen, die in Einrichtungen der Erziehungshilfe in NRW leben.	14/1074 K
14.	Sachstandsbericht U3 und Förderprogramm für Flüchtlingskinder	
15.	Beteiligung des LVR an der "Stiftung Anerkennung und Hilfe"	14/1049 K
16.	Delegationsreise von Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland nach Dänemark	
17.	LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut: Aktueller Stand und Entwicklungsperspektive	14/1054 K
18.	Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher	14/1082 K
19.	Mitteilungen der Verwaltung	
20.	Beschlusskontrolle	
21.	Anfragen und Anträge	
22.	Verschiedenes	

Beginn der Sitzung: 09:30 Uhr Ende öffentlicher Teil: 11:25 Uhr Ende nichtöffentlicher Teil: 09:45 Uhr Ende der Sitzung: 11:25 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet **die Vorsitzende** Herrn Reinhart auf gewissenhafte und gesetzmäßige Wahrnehmung seiner Aufgaben als sachkundiger Bürger im Landesjugendhilfeausschuss.

Öffentliche Sitzung

Punkt 1

Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird anerkannt.

Punkt 2

Niederschrift über die 5. Sitzung vom 19.11.2015

Die Niederschrift wird anerkannt.

Punkt 8

Kinder mit Behinderung in der Elementarbildung

Die Vorsitzende bedankt sich bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit bei der Bearbeitung der nachfolgenden Vereinbarung und den Richtlinien.

Punkt 8.1

Rahmenvereinbarung für die fachliche und finanzielle Weiterentwicklung heilpädagogischer Einrichtungen und Gruppen im Rheinland Vorlage 14/1000

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Rahmenvereinbarung für die fachliche und finanzielle Weiterentwicklung heilpädagogischer Einrichtungen und Gruppen im Rheinland ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 8.2

Teilhabechancen für Kinder verbessern - Kooperation von Frühförderstellen und Tageseinrichtungen für Kinder stärken

Herr Künstler berichtet über das Modellprojekt der Freien Wohlfahrtspflege zur Kooperation von Frühförderstellen und Tageseinrichtungen für Kinder. Der Antrag für das Projekt wurde von der Stiftung Wohlfahrtspflege für drei Jahre mit 700.000 EUR bewilligt. Ziel sei es, die Teilhabechancen für die Kinder deutlich zu verbessern. Es seien insgesamt acht Projektstandorte vorgesehen, davon vier im Rheinland und vier in Westfalen-Lippe. Das Projekt solle im Spätherbst 2016 starten, Projektträger sei die Caritas Paderborn. Die Projektorte werden im Rahmen einer Ausschreibung gesucht und ausgewählt. Die Landesjugendämter werden als Projektpartner bei der inhaltlichen Durchführung beteiligt. Frau Dr. Schneider sitzt für das LVR-Landesjugendamt Rheinland im Projektbeirat. Über den Verlauf wird der Ausschuss weiter unterrichtet.

Der Bericht von Herrn Künstler wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 8.3

Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege Vorlage 14/1064

Frau Pabst informiert, dass ihre Fraktion aufgrund des Nachversands von einzelnen Vorlagen keine Gelegenheit mehr zur Vorberatung hatte. Aus diesem Grund werde die FDP-Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden empfehlenden Beschluss:

Den Richtlinien zur Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) für den Zeitraum 01.08.2016 - 31.07.2018 gemäß Vorlage Nr. 14/1064 wird zugestimmt.

Punkt 8.4

Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (iBiK) Vorlage 14/1038

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Satzung über die Förderung der Inklusion in der Kindertagespflege des Landschaftsverbandes Rheinland (iBiK) wird gem. Vorlage Nr. 14/1038 zugestimmt.

Punkt 8.5

Richtlinien des LVR zur Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen (FInK)

Vorlage 14/1050

Herr Dr. Drubel bedankt sich ausdrücklich für die hervorragende Vorlage. **Die Vorsitzende** bittet die Verwaltung, den Dank auch an alle Beteiligten weiterzugeben, die an der Entstehung der Richtlinien mitgewirkt haben.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig bei Enthaltung der FDP-Fraktion** folgenden empfehlenden Beschluss:

Den Änderungen der Richtlinien des Landschaftsverbandes Rheinland zur Förderung der Inklusion in Kindertageseinrichtungen wird gemäß Vorlage Nr. 14/1050 zugestimmt.

Die neuen Richtlinien treten rückwirkend zum 01.03.2016 in Kraft. Sie werden erstmalig für das Kindergartenjahr 2016/2017 zur Anwendung kommen.

Punkt 9

Bericht aus der Monitoringgruppe vom 03.12.2015 und 18.01.2016

LVR-Dezernent Herr Bahr teilt mit, dass die Monitoringgruppe voraussichtlich noch einmal tagen werde. Alle Härtefallanträge konnten mit den Trägern einvernehmlich geklärt werden.

Punkt 10

"Kurzzeitwohnen" für Kinder, Jugendliche und Erwachsene Vorlage 14/824/1

Herr Tondorf und **Frau Schmitt-Promny** erkundigen sich nach der Berücksichtigung von schulischen und therapeutischen Maßnahmen im Kurzzeitwohnen und ob eine schulortnahe Unterbringung geprüft werde. **Frau Schmitt-Promny** begrüßt getrennte Einrichtungen für Kinder und Erwachsene und fragt nach dem Zeitpunkt der Umsetzung und einem Ansprechpartner und bittet um Informationen, sobald die Einrichtungen starten.

Herr Dr. Schartmann antwortet, dass Gespräche mit Interessenten in Kürze beginnen und die Anregungen mit berücksichtigt würden. Allerdings wäre auch immer im Einzelfall zu prüfen, ob tatsächlich die Aufrechterhaltung von Schulbesuch und Therapien möglich und notwendig sei, gerade wenn es sich um sehr kurzfristige, häufig nicht planbare "Notmaßnahmen" handeln würde.

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage 14/824/1 zur Kenntnis.

Punkt 11 Besetzung von Schulleitungsstellen Vorlage 14/1022

Die Vorsitzende informiert, dass der Landesjugendhilfeausschuss aufgrund der noch nicht geänderten Zuständigkeits- und Verfahrensordnung in der Beratungsfolge aufgeführt wurde. **LVR-Dezernent Herr Bahr** trägt den im Schulausschuss ergänzten Beschluss vor, der als Tischvorlage ausgelegt worden ist und empfiehlt dem Landesjugendhilfeausschuss, wie im Schulausschuss zu beschließen.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig** folgenden, der Vorlage abweichenden empfehlenden Beschluss:

- 1. Der Landschaftsausschuss überträgt dem Schulausschuss für Besetzungsverfahren, die nach dem 01.01.2016 eingeleitet werden, das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Schulleitungsstellen in den LVR-Förderschulen mit den Förderschwerpunkten Körperliche und motorische Entwicklung; Sehen; Hören und Kommunikation; Sprache; Emotionale und soziale Entwicklung und den LVR-Schulen für Kranke.
- 2. Zur Durchführung des Verfahrens beschließt der Landschaftsausschuss folgende Variante:

An der Schulkonferenz nimmt eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der im Schulausschuss vertretenen Fraktionen beratend teil. Die Teilnahme der im Schulausschuss vertretenen Fraktionen erfolgt nach dem Rotationsprinzip und zwar nach der Reihenfolge der Größe der einzelnen Fraktionen, beginnend mit der größten Fraktion. Die Vorstellung der von der Bezirksregierung benannten Bewerberinnen

und Bewerber erfolgt im Schulausschuss.

Kann die nächste Sitzung des Schulausschusses angesichts der 8-Wochenfrist nicht erreicht werden, wird – wie unter II Ziff.2 der Vorlage 14/1022 beschrieben - verfahren.

3. Sofern die Schulaufsicht Stellen für Schulleiterinnen und Schulleiter gem. § 61 Abs. 4 SchulG aus dringenden dienstlichen Gründen in Anspruch nehmen will, erfolgt die mögliche Schulträgerstellungnahme durch das Dezernat Schulen und Integration ohne vorherige Beratung im

Punkt 12

Schulausschuss.

Situation der Menschen im freiwilligen Dienst (FSJ/ BFD) in LVR-Einrichtungen verbessern Vorlage 14/1021

Frau Weiden-Luffy weist ausdrücklich darauf hin, dass auch junge Menschen mit Behinderung ein Freiwilliges Soziales Jahr in LVR-Einrichtungen ableisten können. Herr Dr. Drubel bedankt sich ausdrücklich für die politische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung zu diesem Thema. Er bittet zu prüfen, ob in Einsatzstellen der Freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen auch für junge Erwachsene mit Behinderung die Finanzierung der Assistenzleistung durch den LVR abgesichert werden könne. LVR-Dezernent Herr Bahr verweist auf die Revision des SGB VIII (inklusive Lösung) und das beabsichtigte Bundesteilhabegesetz und sagt eine Prüfung zu einem späteren

Zeitpunkt zu.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt **einstimmig** folgenden empfehlenden Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung zur Freiwilligenarbeit im LVR und zur Korrespondenz mit der Bundesregierung zur Finanzierung von Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderungen im Freiwilligendienst wird gemäß Vorlage Nr. 14/1021 zur Kenntnis genommen.

Vor diesem Hintergrund beschließt der Landschaftsausschuss, für Menschen mit Behinderungen in der Freiwilligenarbeit in Einsatzstellen des LVR individuell erforderliche Unterstützungs- und Assistenzleistungen aus den Mitteln des LVR-Haushalts zur Förderung der Inklusion zu finanzieren.

Punkt 13

Stationäre Erziehungshilfe

Herr Schnitzler schlägt vor, die nachfolgenden Vorlagen (14/1029, 14/1033 und 14/1074) dem Betriebsausschuss Jugendhilfe Rheinland zur Kenntnis zu geben. **Die Vorsitzende** dankt allen Beteiligten für die Mitarbeit am Positions- und Fachpapier.

Punkt 13.1

Neues Positionspapier "Die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe und der Schutz ihrer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte"
Vorlage 14/1029

Frau Depew, Frau Schmitt-Promny und **Herr Tondorf** danken für das fachlich gute Positionspapier, das für die weitere Arbeit als Grundlage diene.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig:

Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland beschließt das Positionspapier "Die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe und der Schutz ihrer Freiheits- und Persönlichkeitsrechte".

Dieses Positionspapier ersetzt das Positionspapier "Pädagogik und Zwang" von 2007.

Punkt 13.2

Fachpapier "Junge Kinder in den Angeboten der stationären Erziehungshilfe" Vorlage 14/1033

Herr Immer dankt für das gute Fachpapier. Herr Meurer gibt zu bedenken, dass die Jugendämter nicht verpflichtet seien, dem Fachpapier zu folgen. LVR-Dezernent Herr Bahr erläutert, dass es sich bei dem Fachpapier um eine Orientierungshilfe für die Jugendämter handele.

Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland nimmt das Fachpapier "Junge Kinder in den Angeboten der stationären Jugendhilfe" zur Kenntnis.

Dieses Fachpapier ist eine Aktualisierung des entsprechenden Fachpapiers von 2012. Grundlage sind die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung der Universität Siegen in 2013-2015.

Punkt 13.3

Entwicklung einer landesweiten, nachhaltigen und begleitenden Struktur für die Beteiligung von jungen Menschen, die in Einrichtungen der Erziehungshilfe in NRW leben.

Vorlage 14/1074

Auf Nachfragen von **Herrn Immer** und **Herrn Schnitzler** erläutert **LVR-Dezernent Herr Bahr**, dass das Konzept mit dem Land NRW und dem LWL abgestimmt sei. Der Landesjugendhilfeausschuss geht davon aus, dass das Land NRW dem Grunde nach für die Finanzierung verantwortlich ist, bittet die Verwaltung, dies zu verhandeln und dem Ausschuss weiter zu berichten.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird gebeten, mit dem Land NRW die Finanzierung zu verhandeln.

Der Landesjugendhilfeausschuss nimmt das "Konzept zur Umsetzung einer landesweiten, nachhaltigen und begleitenden Struktur für die Beteiligung von jungen Menschen, die in Einrichtungen der Erziehungshilfe in NRW leben" zur Kenntnis.

Punkt 14

Sachstandsbericht U3 und Förderprogramm für Flüchtlingskinder

Frau Dr. Schneider berichtet zum Förderprogramm "Brückenprojekte für Flüchtlingskinder" des Landes NRW, dass alle fristgerecht eingegangenen Anträge bewilligt werden können und dass eine Weiterführung des Programms wahrscheinlich, aber vom Land noch nicht beschlossen sei. Beim Bundesprogramm U 3 2015 - 2018 seien 85 % aller Mittel bewilligt worden und im investiven Ausbau Ü3 sei vom Land NRW vorgesehen, die Richtlinie bis ca. Mitte März zu veröffentlichen. Das Ausbauprogramm Ü3 hat ein Volumen von etwa 100 Mio EUR. Sobald die Richtlinie veröffentlicht sei, solle mit dem Antragsverfahren begonnen werden. Der Bedarf vor Ort sei groß.

Der Bericht von Frau Dr. Schneider wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 15

Beteiligung des LVR an der "Stiftung Anerkennung und Hilfe" Vorlage 14/1049

LVR-Dezernent Herr Bahr informiert, dass sich die beiden Landschaftsverbände im Dezember 2015 mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW bereits auf eine künftige Umsetzung des Heimkinderfonds II für NRW verständigt haben, die Finanzministerkonferenz jedoch unerwartet den Gesamtprozess gestoppt habe. **Herr Schnitzler** betont, dass dieses Vorgehen der Finanzminister nicht hinnehmbar sei und schlägt vor, der Ministerpräsidentin des Landes NRW ein entsprechendes Anschreiben zu übersenden.

Die Vorsitzende unterstützt das Anliegen und bittet, den Briefentwurf dem Landschaftsausschuss in seiner nächsten Sitzung am 09.03.2016 vorzulegen.

Der Landesjugendhilfeausschuss beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird dem Landschaftsausschuss in seiner Sitzung am 09.03.2016 einen Briefentwurf mit entsprechenden Text an die Ministerpräsidentin des Landes NRW zum Beschluss vorlegen.

Der Bericht zur Beteiligung des LVR an der "Stiftung Anerkennung und Hilfe" wird gemäß Vorlage Nr. 14/1049 zur Kenntnis genommen.

Punkt 16

Delegationsreise von Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland nach Dänemark

LVR-Dezernent Herr Bahr stellt den Ablauf einer dreitägigen Delegationsfahrt vor, die im Spätherbst 2016 bzw. im Frühjahr 2017 stattfinden soll. Thema der Reise sind die durch das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales NRW und die mit ESF-Mitteln geförderten Produktionsschulen in den Rechtskreisen des SGB II, III und VIII. Die durch Qualitätsstandards des Bundesverbandes Produktionsschulen gesetzten Rahmenbedingungen zum Betrieb von Produktionsschulen benötigen noch Transferhilfen in die Konzepte der Jugendförderung. Daher soll eine Delegationsfahrt in das "Geburtsland" der Produktionsschulidee, Dänemark, konkrete Informationen zur Umsetzung dieses Ansatzes liefern. Ein Transfer der Ergebnisse ins Rheinland kann dann entsprechend fundiert erfolgen.

Die Delegation soll sich wie folgt zusammensetzen:

Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses

Zwei Vertreterinnen/Vertreter der Fraktionen der CDU und der SPD

Je eine Vertreterin/ein Vertreter von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP, Freie Wähler/Piraten und Die Linke.

Zwei Vertreterinnen/Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege und Jugendverbände im Landesjugendhilfeausschuss

Zwei Vertreterinnen/Vertreter der Verwaltung

Eine dolmetschende Person

Die Mitglieder erklären sich mit dem vorgestellten Ablauf und der Zusammensetzung der Delegation einverstanden, das Thema Produktionsschulen soll in einem der nächsten Sitzungen als Schwerpunktthema behandelt werden.

Der Landesjugendhilfeausschuss stimmt dem Vorschlag **einstimmig** zu.

Der Bericht von Herrn Bahr wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 17

LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut: Aktueller Stand und Entwicklungsperspektive Vorlage 14/1054

Die Fraktionen im Landesjugendhilfeausschuss sprechen sich dafür aus, die Finanzierung der LVR-Koordinationsstelle nach dem Rückzug des Stifters zu verstetigen. **Herr Immer** bietet für die freie Wohlfahrtspflege eine konzeptionelle Mitwirkung an. Gemeinsam solle überlegt werden, wie weiter vorgegangen werden könne.

Die Vorsitzende bittet die Verwaltung, die Finanzierung der LVR-Koordinationsstelle zu konkretisieren. Nach der Sommerpause bittet sie um Vorschläge.

Auf Nachfrage von **Frau Schmitt-Promny** erläutert **LVR-Dezernent Herr Bahr,** dass grundsätzliche Informationen unter www.kinderarmut.lvr.de zu finden seien.

Der vorliegende Bericht zum aktuellen Stand und zur Entwicklungsperspektive der LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 18

Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher Vorlage 14/1082

LVR-Dezernent Herr Bahr berichtet über die personellen Auswirkungen in der Verteilstelle und der Kostenerstattung. Die Jugendämter und das LVR-Landesjugendamt als Erstattungsbehörde haben aufgrund einer Fristverkürzung von vier Jahren auf ein Jahr nur noch bis zum 30. Juni 2017 Zeit für die Abrechnung der Altfälle. Danach bestehe die Gefahr, dass der LVR die Kosten nicht mehr in den Landeshaushalt buchen könne. Weiter informiert er darüber, dass die beiden Landesjugendämter in Abstimmung mit dem Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW ein entsprechendes Positionspapier zur aktuellen Debatte über die Standards zur Unterbringung und Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen erstellen. Dieses Positionspapier soll dem Landesjugendhilfeausschuss und der Landschaftsversammlung Rheinland zur Kenntnis gegeben werden. Der Landesjugendhilfeausschuss begrüßt und unterstützt das Vorgehen des LVR-Landesjugendamtes. Bei Bedarf soll dazu kurzfristig ein Interfraktioneller Arbeitskreis LJHA einberufen werden.

Der Bericht der Verwaltung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher wird gemäß Vorlage 14/1082 zur Kenntnis genommen.

<u>Punkt 19</u> Mitteilungen der Verwaltung

LVR-Dezernent Herr Bahr informiert über die Tour der Begegnung, Anfang März werde dazu den Mitgliedern der Landschaftsversammlung Rheinland eine Terminübersicht bekannt gegeben. Eine aktive Teilnahme sei ausdrücklich erwünscht.

Weiter kündigt er für den 29.03.2017 eine gemeinsame Sitzung mit dem Landesjugendhilfeausschuss Westfalen-Lippe auf dem 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf an. Die Sitzung wird in der Zeit von 10.30 Uhr bis 12.30 Uhr stattfinden. Näheres wird fristgerecht mitgeteilt.

Die Mitteilungen werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 20 Beschlusskontrolle

Die Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 21 Anfragen und Anträge

Herr Künstler schlägt als thematischen Schwerpunkt für eine der nächsten Sitzungen das Thema "Gerne anders - Sexuelle Vielfalt und Jugendarbeit" vor.

Die Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 22 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

Langerwehe, 11.03.2016 Köln, 02.03.2016

Die Vorsitzende Die Vorsitzende Rheinland

Rheinland In Vertretung

Natus-Can Bahr-Hedemann